

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
(Samstags 2 Blätter und das Sct. Quirinus-Blatt.)
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pfg. = 17 1/2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: A. Hansen.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß.
Expedition: Neuß, Markt.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile ober-
deren Raum 15 Pfg. = 1 1/2 Sgr.
Bei größeren Annoncen entsprechender Rabatt.

Der Samstagsnummer wird ein „Illustrirtes Sonntagsblatt“ beigegeben, welches den Abonnenten zu einem Mehrbetrag von 25 Pfg. pro Quartal mitgeliefert wird.

Fruchtpreise zu Neuß am 14. März.

Ia. hies. Winterweizen (neuer)	17 40	Haser	11 60
IIa. Englisch. u. Sommerweizen	16 40	Raps 1. Qual.	—
IIIa. do. do.	15 90	2. Qual.	—
Pandroggen neuer 1. „	13 20	Wesel	—
„ 2. „	12 20	Kartoffeln	4
Wintergerste 1. Qual.	15	Sen per 500 Kilo	36
Buchweizen 1. Qual.	15	Woggenstroh a 500 Kilo	30
2. „	—		—

Preise unverändert.
Mißli per 100 Kilo in Partien von 100 Ctr. 47 50
Mißli per 100 Kilo feinst 49 —
Gereinigt Del per 100 Kilo 3. — M. höher als Mißli
Preßkuchen per 1000 Kilo 110 —
Kleien per 50 Kilo 4 60
Mißli und Kuchen unverändert.

Deutschland.

CPC. Berlin, 11. März. Die heutige Reichstags-
sitzung, für welche die dritte Lesung der Militärvor-
lage auf der Tagesordnung stand, zeichnete sich von ihren
Vorgängerinnen durch längere Dauer sowohl als durch er-
regte Debatten aus.

Die Militärvorlage selbst fand allerdings eine außer-
gewöhnlich rasche Erledigung. Weder zur Generaldebatte
noch zur Special-Discussion wurde das Wort verlangt
und so gelangte dieses Gesetz ohne Sang und Klang in
namenhafter Abstimmung, in der sich die Parteien
ebenso wie bei der zweiten Lesung gruppieren, mit 227
gegen 81 Stimmen im Ganzen und endgültig zur An-
nahme. 84 Abgeordnete (vom Centrum) enthielten sich
der Abstimmung.

Den folgenden Theil der Sitzung füllte ausschließlich die
Debatte über die Resolution des Abg. Richter (Hr.)
betreffend die Einführung einer Reichseinkommen-
steuer für Einkommen von über 6000 M. zur Deckung
der erhöhten Militär-Ausgaben.

Die Nationalliberalen (Dr. Abae und Gen.) schlu-
gen vor, die Resolution durch eine motivirte Tagesord-
nung zu erledigen, in welcher sie den Erwägungen Ausdruck
gaben, daß die stärkere Heranziehung der wohlhabenden Klassen
zu den Mehrausgaben an sich wohl gerechtfertigt erscheine,
daß jedoch die Erreichung dieses Ziels auf dem in der
Resolution vorgeschlagenen Wege wegen der Verschiedenheit
der Steuerhöfen in den Einzelstaaten mit den größten
Schwierigkeiten verbunden sei und daß es endlich verfehlt
sei, besondere Ausgaben durch besondere Einnahmen decken
zu wollen.

Abg. Richter begründete seine Resolution. Die Natio-
nalliberalen erinnerte er daran, daß das Project einer
Reichseinkommensteuer ihrem früheren Programme entspre-
che und daß sich die Schwierigkeiten bei einstimmigem Willen wohl
überwinden lassen würden. Die Resolution solle den Grund-
satz wieder zur Geltung bringen, daß Jeder nach seiner Lei-
stungsfähigkeit bestraft werde.

Abg. Frhr. v. Huene konnte in der Resolution nicht eine
rettende That in der schwierigen Lage gegenüber dem armen
Manne erblicken. Wenn er auch dem Grundgedanken: zur
Deckung der durch die Militärvorlage entstandenen Mehr-
ausgaben die vermögenden Klassen durch directe Steuern
mehr heranzuziehen, vollständig zustimme, und Alles anzu-
wenden bereit sei, was dieses Ziel erreichen könne, so halte
er doch den Weg der Richter'schen Resolution für verfehlt
und ungehörig, zumal man auch ohne Eingriffe in die Rechte
der Einzelstaaten eine solche Reichseinkommensteuer nicht
durchführen könne.

Abg. Grillenberger (Soedem) erklärte sich für die
Resolution, da die Socialdemokratie nur directe Reichsteuern
wolle, und alle indirecten Steuern für ungerecht und un-
moralisch halte.

Abg. Miquel begründete die von den Nationalliberalen
beamtigte motivirte Tagesordnung, indem er die Erwägun-
gen derselben umschrieb und als eine Art Steuerprogramm
auf die R-form der directen Steuern in Preußen hinwies.

Abg. Dr. Meyer (Halle) betrachtete die Resolution
nicht als einen Protest gegen die Vermehrung der indirecten
Steuern, die entweder zu einer Ausdehnung der agrari-
schen Interessen in der Steuerpolitik oder zu Monopolen
führen müsse.

Abg. v. Hellendorff glaubte der Resolution lediglich einen
agitatorischen Werth beilegen zu dürfen und bezeichnete die-
selbe als unausführbar. Es sei lächerlich zu glauben, daß
man die indirecten Steuern abschaffen könne. Beim Bier,
Branntwein und Tabak seien die Quellen der Steuern zu
suchen. Die Conservativen würden für einfache Tages-
ordnung stimmen.

Abg. Frhr. v. Huene bezieht sich die Stellungnahme des
Centrums zu der inzwischen gebrachten motivirten Tagesord-
nung der Nationalliberalen, die eine Art Steuerprogramme

enthalte, vor, und constatirte, daß in der Divergenz der
Conservativen und Nationalliberalen, der erste Versuch der
Cartellbrüderschaft, sich zu vereinigen, gescheitert sei.
Nachdem Abg. Dr. Hamburger in Vertbeidigung der
Resolution Richter dem Abg. v. Hellendorff die „allerhöchste
Agitation“ der Conservativen durch den Appell an die blosse
Furcht bei den Wahlen entgegengehalten, erwiderte Abg.
v. Kardorff (Nassau) dem Abg. v. Huene, daß man doch
erst prüfen müsse, wie weit man sich durch die motivirte Ta-
gesordnung der Nationalliberalen engagire. (Abg. Richter:
Sehr unbrüderlich!) Die Freisinnigen seien mit ihren Car-
tellbrüdern, den Socialdemokraten, ja auch nicht immer einig.
Nicht die blosse Furcht vor dem Kriege, sondern die Furcht
vor der Majorität Grillenberger-Richter-Windthorst
habe die Wahlen beherrscht.

Abg. Dr. Barth (Hr.) wollte, daß man das Princip der
indirecten Steuern verlasse.

Abg. Frhr. v. Huene protestirte gegen die Bemerkung des
Abg. v. Kardorff, als ob ein Cartell zwischen dem Centrum,
den Freisinnigen und den Socialdemokraten bestanden habe
oder bestעה. Das Centrum stehe zu beiden vielmehr im
Princip im schärfsten, feindseligsten Gegensatz.

Abg. Miquel nahm für die „nationalen Parteien“ das
Verdict in Anspruch, durch ihre Haltung für Erhaltung des
Friedens gefordert zu haben.

Abg. Richter protestirte dagegen, daß die Majoritäts-
parteien sich als „national“ Parteien im Gegensatz zu den
andern Parteien bezeichnen.

Abg. v. Köller (cons.) erging sich in Angriffen gegen
die freisinnige Partei, die unter dieser Firma ein „erbärm-
liches Fiasko“ gemacht habe und sich jetzt an einen andern
Namen heranzugängeln wolle. Er bleibe dabei, daß die
Opposition die nationalen Interessen des Reichs in der Mi-
litarfrage nicht gewahrt habe. (Große Lärche. Präsident
v. Wedell-Piesdorf erhebt den Redner wegen des Aus-
drucks „erbärmliches Fiasko“ eine Rüge und ruft denselben,
als er den Ausdruck wiederholt, zur Ordnung.)

Hierauf wurde die Debatte geschlossen.

In einer Bemerkung zur Geschäftsordnung zog sich der
Abg. Richter einen Ordnungsruf dadurch zu, daß er meinte,
die conservative Partei könne stolz sein, worauf sie wolle,
nur nicht auf den Abg. v. Köller.

Die Resolution wurde gegen die Stimmen der Frei-
sinnigen und Socialdemokraten abgelehnt; für die moti-
virte Tagesordnung stimmte nur die nationalliberale
Partei, sie wurde ebenfalls abgelehnt.

Nächste Sitzung: Montag (Marine-Pensions-Novelle
und Etat).

CPC. Berlin, 11. März. In der heutigen überaus
schwach besuchten Sitzung des Abgeordnetenhauses
wurde zunächst der Entwurf über das Verfahren bei Ver-
theilung von Immobilienpreisen im Geltungsbereich
des rheinischen Rechts in zweiter Lesung auf Antrag des
Abg. Biesenbach an bloc angenommen, nachdem vorher
Hr. Biesenbach den Verfassern des Entwurfs ein Compliment
gemacht und die baldige Vorlegung einer Grundbuchordnung
für die Rheinprovinz gefordert hatte. Sodann befaßte sich
das Haus mit Petitionen. Eine längere Debatte knüpfte sich
an die Petition um den Ausbau der Bahnlinie Wülfrath-
Ratingen, welche nach dem Antrage der Commission der Re-
gierung als Material überwiesen werden sollte. Abg. Bie-
senbach hob hervor, daß die betr. Interessenten obwohl sie
die Bahn aus eigenen Mitteln bauen wollten und obwohl ein
dringendes Bedürfnis vorliege, bisher die Concession nicht
hätten erhalten können. Er empfiehlt daher Ueberweisung der
Petition an die Regierung zur Erwägung. Es wurde nach
längerer Debatte auf Antrag des Abg. Dr. Katorp be-
schlossen, die Sache nochmals an die Commission zur schrift-
lichen Berichterstattung zu überweisen.

Die nächste Sitzung soll erst Dienstag stattfinden. Auf
der T.-D. steht die zweite Beratung der Eisenbahn-
vorlagen.

□ Berlin, 11. März. Anzeige und Einspruch bilden
auch bei der jetzigen Kirchenvorlage die schlimmste Klippe. Wie-
ter verläuft heute, daß über Modificationen der Kopp'schen An-
träge unter den Mitgliedern der Herrenhauscommission ein
Einverständnis erzielt worden sei. Ob das wahr ist, entzieht
sich unserer Kenntniß, jedenfalls kann ein Einspruchsrecht über
die Kopp'schen Verbesserungsanträge hinaus nicht zugegeben
werden. Um die Anzeige werden sich hauptsächlich sowohl die
weiteren Commissionsberatungen drehen, wie auch die öffent-
lichen Debatten im Herren- und Abgeordnetenhause. Daher
sei hier nochmals das wichtigste Actenmaterial darüber refe-
rirt. Die jetzige Regierungsvorlage lehrt bekanntlich ganz
genau zu dem ursprünglichen Regierungsentwurf von
1873. „Aus einem Grunde, welcher dem bürgerlichen oder
staatsbürgerlichen Gebiet angehört“, soll der Einspruch stat-
finden können. Ueber diese Fassung, zu der die Regierung nach
14 Kulturkampfjahren einmal zurückkehrte, haben die Bischöfe
in ihrer Denkschrift vom 30. Jan. 1873 (Siegfried, Actenst.
S. 163) schon das Urtheil gefällt, sie sehen darin eine Ge-
fahr für „die Freiheit der Kirche, die Integrität des geist-
lichen Standes und die Person der würdigen und pflichtge-
treuesten Geistlichen“. Und trotz dieses schon vor 14 Jahren
ausgesprochenen bischöflichen Urtheils lehrt die Regierung ein-
fach zu ihrer ursprünglichen Fassung zurück, nur beschränkt
sie die Anzeige und den Einspruch auf die Pfarren und
Pfarrverweyer. Der hl. Stuhl hat sich über die Anzeige zum
ersten Mal geäußert in dem bekannten Breve Leo's XIII. an
den Erzbischof Melchers vom 24. Febr. 1880 und zwar er-
klärte der Papst, er werde es „dauern, daß der preussische
Regierung vor der canonischen Institution die Namen jener
Priester angezeigt werden, welche die Bischöfe zu Theilneh-
mern ihrer Sorgen in der Ausübung der Seelsorge wählten.“
Unter welchen Bedingungen, das war schon in Riffingen
erörtert worden und der Regierung bekannt. Indessen die
Regierung verlangte, daß der Papst die Bischöfe zur mai-
gekligten Anzeige anhalten solle, sie forderte die thät-
sächliche Erfüllung der Anzeigepflicht, die Handhabung des
staatlichen Einspruchsrechts möge dem Ermessen der Regierung
überlassen werden. Der hl. Vater erklärte nun in der Note
Rina's vom 23. März 1880, er werde dem Befehl zur
sofortigen Erfüllung der Anzeige an die Bischöfe erlassen,
wenn die Regierung auf folgende Bedingungen eingehe: 1.
die Anzeige dürfe sich nur auf die Pfarren erstrecken; 2.
der Einspruch müsse sich innerhalb der „früher angegebe-
nen Grenzen“ bewegen. Der Votschaffer bemerkte bei
Uebersendung dieser Depesche ausdrücklich, daß diese Grenzen
in den „anliegenden Depeschenauszügen“ Jacobini's angegeben
seien. Indessen als ob man Scheu vor der Publica-
tion dieser päpstlichen Grenzen der Anzeige habe, ver-
öffentlichte die Nordd. diese Depeschenauszüge nicht. In
Folge der Anfrage eines Commissionsmitglieds bei Beratung
des ersten discretionaryen Gesetzes wurden auch diese Grenzen
bekannt und abgedruckt in den Anlagen zu den Steno-
graphischen Berichten 1879-80, Actenst. Nr. 322 An-
lage C. IV S. 3335. Dort heißt es wörtlich: „Als Gegen-
leistung für die Vortheile, welche die Kirche begehrt, erklärt
sich Se. Heiligkeit von jetzt ab geneigt, die Verordnung, daß
die Ordinarien, welche wieder in den Besitz der Freiheit ihres
Hirtenamtes getreten sind, sofern es sich um die Ernennung
immovibler Pfarren handelt, sich an die Regierung wenden
können, um deren Ansichten oder Einwendungen in Betreff
der Candidaten, um die es sich handelt, kennen zu lernen.
Um ferner möglich Mißverständnisse zu vermeiden, wird Se.
Heiligkeit Sorge tragen, darauf zu legen, daß die fragliche Unter-
suchung der Ansichten der Regierung niemals anders betrach-
tet werden könne, denn als eine Ermittlung des Agreement
des Staates. So sehr also auch die Autorität der Kirche
das Verlangen habe, und so sehr es auch in ihrem Interesse
sein wird, in den fraglichen Fällen den Staat zufrieden zu-
stellen, wird doch das letzte Urtheil über die Geeignetheit, die
Betreffenden zu ernennen, immer den Bischöfen zustehen und
im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen und
dem Staat, dem Oberhaupt der Kirche“. Dieses Document
ist ausschlaggebend, um so auffälliger ist es, daß man jeiner-
seits im Vorjahre im Herrenhause gar nicht erwähnte und
that, als ob gar es nicht existirte. Die Regierung hat es
aber in ihren Acten, es ist abgedruckt in den Abgeordneten-
hausacten und somit wußte die Regierung im Vorjahre die
vom Papst ihrem Einspruch gezogenen Grenzen, mußte auch
wissen, was für eine Anzeige und was für ein Einspruchsrecht
Leo XIII. in der Zwangslage des Vorjahres ihr zugesand.
Auf die obige Depesche Rina's vom 23. März erwiderte Fürst
Bismarck, daß damit „die bisherigen Annäherungsversuche
auf ihren ersten Ausgangspunkt zurückgewiesen seien“. Der
hl. Vater aber replicirte: „Wenn die Kirche die Anzeigep-
flicht ohne ihr gewährte Garantien befolgte, würde der
Klerus auf Gnade und Ungnade in die Hand der
Regierung gegeben sein“. Nun aber brachen die Wiener
Verhandlungen ab und der Papst erklärte in der offi-
ciellen Note vom 14. Mai: wenn die Regierung nur dis-
cretionäre Gewalt zugesiehe, so müsse die in dem Schreiben
an den Erzbischof von Köln ausgesprochene Vereinnahmung,
die Anzeigepflicht bethätigen zu lassen, als nicht geschehen
(non avenue) betrachtet werden. Mit der damaligen Situation
hat auch die jetzige Lage, wo ebenfalls wieder discre-
tionäre Befugnisse statt der gesetzlichen Rechte geboten werden,
eine große Ähnlichkeit. Trotzdem aber brachte die Regie-
rung, zäh an ihrem Einspruch festsitzend, am 16. Januar
1882 in ihrer Vorlage den Anzeigepassus ganz in der jetz
erneuerten Form ein. Derselbe wurde jedoch abgelehnt, da-
gegen Bicare und Hilfsgeistliche von der Anzeigepflicht
ausgenommen, die Pfarrverweyer aber blieben noch, wie sie
auch in der jetzigen Vorlage mit Bähigkeit wieder erschienen,
aber von der Commission endlich von der Anzeige abge-
schlossen wurden. Welche Rolle endlich die Anzeige bei der
vorjährigen Kirchennovelle gespielt hat, ist noch in
frischem Andenken. Leo XIII. versprach in der Note vom
4. April, „sobald der hl. Stuhl officiell die Befristung er-
halten haben werde, daß man in nächster Zeit eine solche
Revision (wie sie in früheren Urkunden des hl. Synods

Teuss,
Markt 2 u. 4.

offen sind.
Regen-
des Ge-

sämmtliche
Kiers unter
Garantie

ht werden.

det 1846!
-Medaillen!
leuswerth
e Familie!



ur der Dosis:
i non servat,
d allseitigen Dosis!
AG-ALBRECHT
thaus
am Niederrhein.
illiefern.
Der
of Maag-Bitter

von
erg-Albrecht
e Bitterliqueur,
nz der edelsten
Blume der kost-
arze. Seine drei
äten sind: ma-
blutreinigend u.
rend. Ganz be-
darf aufmerk-
e, dass es noch
äfte gibt, die
zu entwürden
eh den Verkauf
das Publikum
Daher
nung
ohne mein Siegel
Firma:
erg-Albrecht.
Der
of Maag-Bitter
von
erg-Albrecht
inal-Packung in
halben Flaschen
zu haben, allent-
den bekannten
Debitanten.

ausgedrückt sei“) unternehmen werde, alsbald die ständige Anzeige im Sinne der Note vom 26. März zu gewähren.“ Seiner hat die Regierung von dieser die Anzeige beizubehalten Note nur ein Bruchstück veröffentlicht, worin es heißt: „Der H. Stuhl beabsichtigt der Regierung freies Feld zu lassen, der Dilettantenbehörde ihre Beweggründe für Ausschließung des vorgeschlagenen Individuums geltend zu machen, so bald sie seine definitive Einsetzung in das betreffende Amt mit der öffentlichen Ordnung unverträglich hält wegen einer der Regierung bekannten und bestätigten ersten Thatsache.“ Doch wie lauten die nicht publicirten weiteren Begrenzungen des Einspruchs???

Berlin, 11. März. Eine längere Konferenz zwischen dem Reichstanzler und Frhr. zu Franckenstein hat vorgestern stattgefunden. — Die „National-Zeitung“ berichtet ohne Garantie, über die Abänderung der Rapp'schen Anträge sei unter den Mitgliedern der kirchenpolitischen Commission des Herrenhauses ein Einverständnis erzielt worden; der Cultusminister v. Goltz habe zu der neuen Formulierung der Anträge sich zustimmend geäußert. — Nach dem Kurier Boznanst' erhob der Oberpräsident von Westpreußen Einspruch gegen einige von der geistlichen Behörde vorgeschlagene Pfarrstellen-Candidaten. — Die „Post“ bestätigt den Rücktritt des reichsständischen Staatssekretärs v. Hofmann, weil sein neunjähriges Wirken für die Wohlfahrt Elsaß-Lothringens vom Banke mit so wenig Dank erwidert worden sei. — Der Reichstanzler brüskte gestern die Gemahlin des russischen Botschafters anlässlich ihres Geburtstages. Er hatte darauf eine Konferenz mit dem Botschafter, was Aufsehen erregte.

Eine wahrhaft klassische Leistung finden wir in der Abendausgabe der „Kölnischen Ztg.“ vom 10. März. Diese Abendausgabe besteht aus einem zweiten Blatte und einem dritten Blatte.

Im zweiten Blatte ist zu lesen:

„Das Verhalten des Centrums (beider Abtheilung am Mittwoch) hat übrigens insofern große Bedeutung, als sich daraus ergibt, wie unberechtigt die kleinmüthigen Rathschläge waren, es bei der feilern Vorlage auf die dritte Beratung zurückkommen zu lassen, in welcher das Centrum, wie man meinte, das Septennat angenommen hätte. Da selbst in der jetzigen Lage und nach dem die Verhältnisse der päpstlichen Briefe ausgelegt sind, nur sieben Centrumsmitglieder den Rath ihrer eigenen Ueberzeugung bewiesen, ist es klar, daß auf dem vorigen Reichstag an eine Mehrheit für das Septennat nicht zu denken gewesen wäre.“

Das Eine ist das logische Gegentheil von dem Anderen; das Eine frist das Andere auf — und wir wetteu Tausend gegen Eins, die „intelligenten“ Leser der „Köln. Ztg.“ halten Beides zugleich für wahr. So steht es in den Köpfen jener Leute aus, welche sich von dem „Organ für das gebildete Bürgerthum“ bedienen lassen!

Daß die liberale Presse wenig Freude an der Haltung des Centrums in der Militärvorlage haben würde, konnte man voraussehen.

Als besonders naseweise Koloide zeigen sich die deutsch-freikauige „Lib. Corr.“, welche von einer „Abdankung“ des Centrums zu reden wagt, und die „Frankfurter Zeitung.“ Das letztere Blatt sagt:

„Stets in der Minderheit die Möglichkeit genommen, ihren Willen zur Geltung zu bringen — das weiß das Centrum aus den Zeiten der Rathschlagsgebung und des Cultuscampus am besten, hat es sich aber niemals haburch abhalten lassen, durch sein Votum zu bekunden, was es wollte oder was es verwarf.“

Dazu bemerkt der „Westf. Merk.“ etwas grob, aber wahr: „Welch' subalterne Denkwiese! Daß es dem Centrum in einer rein innerpolitischen Frage nicht einfallen wird, sich der Stimme zu enthalten, müßte eigentlich auch der „Frankfurter Ztg.“ einleuchten, aber dieses Votum hatte eine hohe internationale Bedeutung. Was sollen wir uns die Mühe geben, das Deuten klar zu machen, die es sogar heute noch nicht begriffen haben! Im Centrum sitzen, wie die vorgestrichene Abtheilung gezeigt hat, wahrhafte Staatsmänner, während die Linke nur — Parlamentarier aufweisen kann. Und da hat die „Frankf. Ztg.“ noch die Stirn, von einer „Grabsche“ des Centrums zu fassen, daselbe Organ, dessen ganze Partei bei den vorigen Wahlen durch einen Hauch aus Bismarck's Munde in alle Lüfte zerstreut wurde. Bismarck's afflavit et dissipati sunt. Wenn die Herren uns gezeigt hätten, wie man eine Partei leiten und in die Höhe bringen kann, würden wir ihren Rathschlägen ein geneigtes Ohr leihen. Wie aber können diese Bankrotteure es wagen, den bewährten Geschäftsbetrieb der alten soliden und capitalreichen Firma Windthorst & Franckenstein zu bündeln!“

Die „Post“ meldet: „Die Gemahlin des russischen Botschafters, eine in der Berliner vornehmen Gesellschaft sehr hochgeschätzte Dame, feierte gestern ihren Geburtstag. In der nachmittäglichen Theestunde erschien im Salon der Gräfin der Reichstanzler Frhr. Bismarck, gratulierte auf das Herzlichste und unterhielt sich in liebenswürdigster Weise eine halbe Stunde lang mit den anwesenden Damen. Dieser Besuch, der eine Konferenz mit dem Botschafter folgte, ist ein Ereigniß für die Gesellschaft, welches verdientes Aufsehen erregt. Wir erfahren ferner, daß dem Staatssekretär Grafen Adler verliehen wurde. Diese Gnabenbezeugung des Kaisers erscheint uns ein bemerkenswerthes Zeichen über das Verhältnis Russlands zu Deutschland.“

Die Budgetcommission des Reichstages erledigte heute in einer kurzen Sitzung das Extraordinarium des Postetat. Abgelehnt wurden die Forderungen für neue Dienstgebäude in Conitz (Westpreußen) und Myslowitz, sowie zur Vergrößerung des Postgrundstücks in Danzig im

Gesammtbetrage von 286,622 M. Außerdem wurden von der Forderung von 145,000 M. zur Vergrößerung des Postgrundstücks in Bismarck 45,000 M. abgelegt. Die übrigen Forderungen wurden bewilligt, darunter namentlich die Forderungen zur Herstellung neuer Dienstgebäude in Ludwigslust, Bries, Grieben, Gumbinnen, Naumburg a. d. Saale, Neustadt (Oberschl.) Dueslinburg, Schwedt, Sock, Constanza a. d. Warthe und Bismarck. Für Görtz und Biegnitz wurden die geforderten Beträge zur Vergrößerung der dortigen Postgrundstücke bewilligt.

— Gestern Abend haben auch die Deutschconservativen ihre Anträge betr. Erweiterung der Rechte der Innungen und Einführung des Handwerker-Versicherungsnachweises im Reichstage eingebracht. Die Anträge sind ganz gleichlautend mit den entsprechenden vorher eingebrachten Anträgen der Centrumsabgeordneten Biehl, Haberland, Hise, Vetsch und Mehner. Der conservative Antrag trägt die Namen der Abgg. Aldermann, Dr. Hartmann, v. Kleist-Rhön und Dr. Kopsch, unterstützt ist derselbe von 54 Mitgliedern der deutschconservativen Partei.

— Zu den Maßregeln gegen die Elsaß-Lothringer schreibt die „Frz. Ztg.“:

Auch in den Reichslanden, fürchten wir, wird die eiserne Hand Deutsche und Eingeborene nur scharfer von einander scheiden. Der Staatssekretär Hofmann scheint das Opfer des Mißverhältnisses der letzten Wahlen geworden zu sein. Allerdings hat seine Rede im Landesausschuß durchaus nicht die erwartete Wirkung gehabt, aber das war vorauszuversetzen. Je mehr darin hervorbricht, daß die Regierung den Wahlen einen plebiszitären Charakter ausprägen wolle, um so scharfer spitzte sich die Frage: deutsch oder protestantisch zu und um so freiere Bahn gewann die letztere Richtung. Ob Herr Hofmann freiwillig geht, oder ob er einem Wink von oben folgt, ist nebensächlich; seine Verabschiedung bekundet, daß man für das strengere Regiment eines neuen Leiters der Regierung bedarf.

Berlin, 12. März. Die kirchenpolitische Herrenhauscommission hielt heute Vormittag zur zweiten Beratung der Vorlage: eine Sitzung, ohne jedoch die Beratung schon zu beenden. Voraussichtlich wird dieselbe aber in der am Montag 11. Uhr anberaumten Sitzung zum Abschluß gelangen. Man nimmt wie schon berichtet, an, daß die Plenarberatung der kirchenpolitischen Vorlage im Herrenhause am 23. d. M. stattfinden werde.

Der Reichsanzeiger publicirt heute Abend das Gesetz über die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und deren Feststellung auf 7 Jahre. Das Gesetz lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages, was folgt:

§ 1. In Ausführung der Artikel 57, 59 und 60 der Reichsverfassung wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1894 auf 468,409 Mann festgesetzt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.

§ 2. Vom 1. April 1887 ab werden die Infanterie in 534 Bataillone, die Cavallerie in 465 Escadrons, die Feldartillerie in 364 Batterien, die Fußartillerie in 31, die Pionier in 19 und der Train in 18 Bataillone formirt.

§ 3. Der Artikel I § 1 und 2 des Gesetzes vom 6. Mai 1880, betr. Ergänzungen und Veränderungen des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 (Reichs-Gesetzbl. 1880 S. 103), und die noch in Geltung befindlichen, auf die Zahl der Truppen Bezug habenden Bestimmungen des § 2 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 (Reichs-Gesetzbl. 1874 S. 45) treten mit dem 31. März 1887 außer Kraft.

§ 4. Gegenwärtiges Gesetz kommt in Bayern nach näherer Bestimmung des Bundesraths vom 23. November 1870 (Bundes-Gesetzbl. 1871 S. 9) unter III § 5, in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militärconvention vom 21./25. November 1870 (Bundes-Gesetzbl. 1870 S. 658) zur Anwendung.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beiderseitigen kaiserlichen Siegel.

Gegeben Berlin, den 11. März 1887.

(L. S.) Wilhelm.

Ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ friert den deutschen Kaiser und Papst Leo XIII. als Friedensfürsten, belobt den „Offervatore Romano“, weil derselbe „in einer durchaus sachlichen Weise auf die eigenthümliche Erscheinung hinweist, daß Papst Leo bei seinen an die Centrumpartei gerichteten Septennats-Erlassen und Kaiser Wilhelm in seiner letzten Thronrede fast gleichzeitig Kundgebungen des Friedens gemacht haben“, und schließt mit dem üblichen Angriff auf das Centrum, indem er bemerkt: „Wenn der Artikel (des „Offervatore Romano“) weiter darauf hinweist, von welchem Nutzen das Wissen dieser beiden hohen Persönlichkeiten (des Kaisers und des Papstes) in der ganzen Welt ist, so drängt sich unwillkürlich bezüglich des Papstes ein Zweifel auf, ob dieses Ansehen in Deutschland und in unserer nächsten Umgebung überall die gleiche Stärke wie in der übrigen civilisirten Welt hat; wohl hat das erfreuliche Bestehen des Papstes, den Frieden nach Innen und Außen zu sichern, einen Ausdruck des Dankes in der kaiserlichen Thronrede hervorgerufen, nicht dagegen ist dieses päpstliche Bemühen von denjenigen unterstützt worden, welche am ersten berufen schienen, dem päpstlichen Wunsche auf Erhaltung des Friedens zu gehorchen. Indem das Centrum im Reichstage unter der bekannten weissen Führung trotz dieser päpstlichen Einwirkung gegen das Septennat agitirte und stimmte, hat es dem Kriege in die Hände gearbeitet und der Welt das Schaulpiel gegeben, daß, während der Papst den Frieden will, das Centrum den Krieg fördert.“

Eine neue Novelle zum Baderneuergesetz. Dem Vernehmen nach soll im Bundesrath alsbald wiederum eine Novelle zum Baderneuergesetz eingebracht werden. Bekanntlich ist erst im vorigen Jahre eine Novelle zu Stande gekommen, durch welche die Rübensteuer von 1,60 M. auf

1,70 M. erhöht wurde, während die Ausfuhrvergütung für den Doppelcentner Zucker auf 18 Mark belassen und erst vom 1. August 1887 auf 17,25 M. herabgesetzt worden ist. Dem Vernehmen nach soll in der neuen Novelle die Ausfuhrvergütung auf 15,30 M. herabgesetzt werden.

Außer der Baderneuer-Novelle scheinen noch drei neue Projekte in Erwägung zu stehen, nämlich eine Branntweinsteuer, wobei Anträge aus den letzten bezüglichen Commissionsverhandlungen, welche die meiste Aussicht auf Annahme bieten, mit in Betracht gezogen würden; ferner eine ertragreichere Tabaksteuer und eine Biersteuer. Hinsichtlich der schon mehrere Male in Vorschlag gebrachten Biersteuer gehe man fortwährend von der Beobachtung aus, daß die Biersteuer im Königreich Bayern mehr einbringt, als die Biersteuer im ganzen übrigen Reich. Doch ist, wie verlautet, noch nichts darüber festgelegt, welche von diesen Entwürfen und wann diese eingebracht werden.

Strasburg, 12. März. Wie die Strasburger Post erzählt, hatte unter den Personen, welche als Nachfolger des Staatssekretärs v. Hofmann genannt werden, der bisherige Leiter der Justizabtheilung der Elsaß-Lothringischen Regierung, Unterstaatssekretär v. Puttkamer, die größte Aussicht auf Ernennung.

Gefterreich.

Wien, 11. März. Nach einer Meldung der „Pol. Corr.“ aus Bukarest ist dorthin aus Sofia berichtet worden, daß die Regentenschaft die Absicht habe, die Sobranje noch im Laufe des März einzuberufen, damit dieselbe über den Bericht der Herren Stoilow, Grefow und Kallischew über deren Reise durch die europäischen Hauptstädte, sowie einen Bericht der Regentenschaft über die letzten Ereignisse entgegennehme und einen Beschluß über die Gestaltung der obersten Gewalt fasse, wobei es sich um eine Abänderung oder Neubestimmung derselben handeln kann. Die Regentenschaft wird der Sobranje die mit Beschlag belegte Correspondenz der Anstifter und Führer der letzten Erhebungen vorlegen.

Belgien.

b. Brüssel, 9. März. Wie nachfolgend, findet die jüngste Grubenkatastrophe in der belgischen Kammer ein lautes Echo und dadurch mag selbst dieses entsetzliche Ereigniß segensreiche Folgen haben, daß es nach den von Mittel erfüllten Tagen aufs Neue warnend zu verfallenen Pflichten aufruft. Schon klingen die Stimmen der Presse darin überein, daß der Mensch solchen verheerenden Katastrophen nicht machtlos gegenüberstehe, zum Mindesten haben wir eine neue und sehr eindringliche Mahnung an die Gesetzgeber Belgiens vor uns, wenigstens das Menschenmögliche zu vollbringen, das ist zunächst die Vorsorge für die Hinterbliebenen der Opfer solcher Unfälle. In dieser Gesinnung forderte der Deputirt-Charles bei Eröffnung der gestrigen Sitzung die Beschleunigung der Finanztraktate der Arbeiterversicherung und Arbeiterentgeltgesetzgebung. Minister de Moreau, welcher persönlich den Schauplatz des Unglücks besuchte, erklärte, daß er nur die Endergebnisse der Erhebungen der Arbeitscommission abwarten, um die betreffenden Gesetzentwürfe zu unterbreiten. An solchen schönen Versprechungen aber ist man hier gewöhnt, die schönen Worte werden leider nie zu Thaten. Und doch sollte das Parlament und die Regierung mit ganzer Kraft darnach trachten, die erregten und verletzten Arbeiter vor dem Gefühl zu bewahren: „man will zum Schutze unseres Lebens nichts thun.“ Und diese Empfindung bemächtigt sich in solchen Tagen so leicht der unzufriedenen Gemüther des Volks, und der Minister verspricht und wartet auf die Arbeitscommission. Wir haben Lehrer so oft unsere Anerkennung gesagt; wir sind davon überzeugt, daß die Nachhaber Belgiens vom besten Willen durchdrungen sind, allein die Arbeitscommission scheint doch schätzlich nur beweisen zu wollen, wie wenig man in möglichst langer Zeit zu leisten vermag. Die Untersuchung der Katastrophe von Agrappe im J. 1879 — um Fretthamer zu vermeiden, sei erwähnt, daß selbige unter liberalen Regiment eintraf — dauerte 3 Jahre und verlief im Sande, die offiziellen Rapporte über die im vergangenen Januar stattgehabten schlagenden Wetter der Bege Escomfianz werden vergebens gefordert. Ist es bei dieser Bähigkeit des Handels ein Wunder, wenn der Weizen der socialistischen Agitatoren blüht? Der hiesige „Peuple“ citirt heute ein Wort Rocheforts, welcher der Ansicht war, nichts sei leichter, als die Anwendung solcher düsteren Katastrophen. Man habe nur den Director der Grube, in der sich der Unfall ereignete, zu verhaften und zu zehnjähriger Zwangsarbeit zu verurtheilen. Ein Röndchen bitterer Wahrheit ist in diesem allzuharthen Wort aus revolutionärem Munde nicht zu verkennen. Haben wir in unserm vorigen Briefe dem Bewußtsein Ausdruck gegeben: der menschliche Scharfsmann habe bisher in der Verhütung der schlagenden Wetter als einer Naturkraft seine Ohnmacht gefunden, so ist es andererseits nicht zu leugnen, daß die bisherigen Erforschungen der Ursachen solcher Explosionen eine Reihe von Vorsichtsmaßregeln bekannt gegeben haben, deren strenge Beobachtung den Eintritt schlagender Wetter ungewöhnlich ankündet und somit schon der Wirkung derselben vorzubeugen im Stande ist.

Jedenfalls ist die Feststellung wirksamer Präventiv-Maßregeln ein erster Schritt zur Beseitigung jener Naturkräfte, zur Lösung eines unüberwindlichen Problems. Die Abwehr der Wiederholung der schlagenden Wetter gehört zu den größten socialpolitischen Aufgaben unserer Zeit, aus diesem Grunde möge auch unser heutiger Brief dieser bedeutsamen Frage geopfert sein.

de Moreau nahm in der gestrigen Kammer Sitzung die Interpellation Charles wahr, um die der Regierung bekannt gewordenen Ursachen des vorliegenden Ereignisses zu erörtern. In Wirklichkeit sind diese Ursachen indes unbekannt, die competenten Personen wissen nicht, ob Unvorsichtigkeit beim Anlegen einer Mine oder — das ist die alte Erklärung — eine schlecht verschlossene Lampe das Katastrophengrab von Boule verschuldet hat. Dagegen ist es jetzt hier in Belgien unzweifelhaft erwiesen, daß das plötzliche und schnelle Sinken des Barometers, also die Zunahme des Luftdruckes, auf die Gase direct einwirkt, welche die leeren Stollen und Gänge

der Berg-
Bergwerk-
jedemal
Temperat-
solchen
fischer
gegen.
die an
sagt, die
sein un-
den als
Nothwend-
etzung
den Wette-
gewissen-
geleget
falls mach-
Rückstuf-
Wir woll-
und Mäd-
seit gest-
ledigung
oll — al-
Weise dem-
zu Duse
genannt.
durch ele-
Spengun-
Gruben a-
richtungen
leicht unter-
Mittel, w-
ihre Folge-
terfagun-
werden un-
rung hin-
Penum f-
selben, w-
Ereigniß
und das
indes das
thätigste
d. h. für
Die R-
schaft und
dessen Del-
würde.

Barie-
minister v-
Corps, de-
habe, wir-

Nom-
Stimmen
das Mini-

— Ne-
Fr. Br. c-
geheilt:

Am E-
urtheilen
Stille aus-
lärtlicher
fernen, an-
Rasgrad
den des
ten das
ter Unan-
von ihnen
mit Wissen
ten. Die
daten früh-
der aufse-
des geist-
mando: „
stellen d-
urtheilen
fanterie
Gräber de-
terliebene
und auf d-

Wuch-
Rückstuf-
Rückstuf-
Aufstand
und letz-
gnadigt,
traße ver-
geluche ein-

den durch
nach sich
8 Rilo, wi-

— Der
Gefühls-
in einer
R. mußte
übernach-
Total für
moitschupp-

Ausführungsverpflichtung für
belaufen und erst vom
geht worden ist. Dem
die Ausführungsver-
n.
einen noch drei neue
eine Braunkohl-
bezüglichen Com-
auf Annahme
ferner eine ertrag-
steuer. Hinsichtlich
brachten Biersteuer
aus, daß die
bringt, als die Bier-
ist, wie verlautet,
diesen Entwürfen

Frankfurter Post er-
Nachfolger des
den, der bisherige
ngischen Regierung,
größte Aussicht auf

ng der „Pol. Corr.“
et worden, daß die
et noch im Laufe
Bericht der Herren
Reise durch die
Bericht der Regent-
nahme und einen
Gewalt fassen, wo-
Lebensfähigkeit der-
berd der Substanz
der Anstifter und

nd, findet die jüngste
n Kammer ein
ntfegliche Ereigniß
n Mittel der
Pflichten aufrufen.
ein überein, daß
en nicht machlos
eine neue und sehr

Belgiens vor uns,
Allringen, das ist
der Opfer sol-
te der Deputir-
die Beschleu-
sicherung und Ar-
au, welcher per-
e, erklärte, daß e-
Arbeitscom-
tentwürfe zu un-
aber ist man hier
nie zu Thaten.
regierung mit gan-
verheßen Ar-
will zum Schutz
pflanzung bemäch-
zufriedenen Ge-
wartet auf
er so oft unsere
t, daß die Nach-
gen sind, allein
nur beweisen zu
unger Zeit zu
Rastlosigkeit von
vermeiden, sei es
eintrat — dan-
ciellen Rapporte
unsern Vorigen
nen schlagenden
ebenfalls gefordert.
Wunder, wenn
? Der hiesige
welcher der An-
ung solcher dük-
ector der Grube,
und zu 5jähriger
bittiger Wahr-
revolutionärem
unsern Vorigen
der menschliche
der schlagenden
gefunden, so ist
schießen Erfor-
ne Reihe von
deren strenge
angewandte
den vorzubeugen

Bräventio-Maß-
er Naturkräfte,
ems. Die Ab-
geht zu den
et, aus diesem
er bedeutamen

stigung die In-
regierung bekannt
es zu erörtern.
kannt, die com-
keit beim An-
Erklärung —
ndengrag von
in Belgien
schnele Sinfen
rundes, auf die
und Gänge

der Bergwerke füllen. Aus diesem Grunde werden die
Rechenverwaltungen durch die meteorologischen Observatorien
jedesmal benachrichtigt und also gewarnt, wenn ein derartiger
Temperaturwechsel eintritt. Die Pflicht derselben geht in
solchen Fällen dahin, durch sofortige vermehrte Zuführung
frischer Luft der Expansion der Gase im Erdinnern zu be-
gegnet. Die erste Frage wäre also die: hat die Verwaltung
die an sie ergangene Mahnung beachtet oder nicht? Man
sagt, die Ventilationsvorrichtungen der Gassen bei Quaregnon
seien ungenügende, und doch werden diese Gassen den Frem-
den als Mustergerichte gerühmt. Schon hieraus erhellt die
Nothwendigkeit, daß sich die Regierung und Volköver-
tretung endlich mit ganzem Ernst der Frage der schlagenden
Wetter annehmen muß, und auch hier das verhängnisvolle,
gewissenlose Laissez aller der Directoren und Actionäre durch
gesetzgeberische Maßnahmen zu beschränken hat. Andern-
falls macht sich eine solche faumfällige Regierung zu einem
Mitschuldigen an dem Tode der Opfer solcher Unglücksfälle.
Wir wollen nicht davon reden, daß unter den Todten Frauen
und Mädchen ihm jugendlichen Alter sind. Haben wir doch
seit gestern erneute Versprechungen, daß die Session vor Er-
ledigung der Arbeiterkutschengesetzgebung nicht geschlossen werden
soll — aber wir weisen darauf hin, wie leicht ein schnelles
Gesetz dem Pflichtbewußtsein leichtsinniger Privatverwaltungen
zu Hilfe kommen würde. Das untrügliche Präventiv ist
genannt. Ein Ersatz der mangelhaften Dampfen Lampen
durch electrisches Licht, die Übernahme der erforderlichen
Sprengungen zu einer Zeit, wo die Arbeiter nicht in den
Gruben anwesend sind, die Kontrolle der Ventilationsvor-
richtungen strenger Ueberwachung der Aemterausübung, viel-
leicht unter Beihilfe der Arbeiter selbst, es gibt zwanzig
Mittel, den Ausblichen schlagender Wetter vorzubeugen und
ihre Folgen zu vermindern. Wir nehmen eine absolute Un-
terfügung der Frauen- und Kinderarbeit in den Berg-
werken und in dritter Reihe eine gesunde Unfallver-
sicherung hinzu und haben ein ebenso dringliches wie respectables
Penum für die Gesetzgeber Belgiens zusammen. Mögen die-
selben, wir wiederholen diesen Wunsch, in dem schrecklichen
Ereigniß von Quaregnon eine letzte Aufforderung erblicken
und das Werk, an die unabwiesbaren Reformer herantreten,
indem das mittheilungswürdige Publikum collectirt und in Wohl-
thätigkeitsconcerten seine Sympathien für die tausend Opfer,
d. h. für die Wittwen und Waisen des Unglücksfalles bezeugt.

Die Kammer erledigte gestern das Budget der Randwirth-
schaft und ging zu demjenigen der Post und Telegraphie über,
dessen Debatte heute und in den nächsten Tagen fortgesetzt
wird.

Frankreich.

Paris, 12. März. Die Vätermündung, daß der Kriegs-
minister versuchsweise die Mobilisirung des ganzen 11. Arme-
Corps, dessen Generalcommando in Nantes, ist, angeordnet
habe, wird formell für unbegründet erklärt.

Italien.

Rom, 11. März. Die Kammer hat mit 214 gegen 194
Stimmen das von Crispi eingetragene Tabellavotum gegen
das Ministerium verworfen.

Bulgarien.

— Ueber die Einrichtung in Rußland werden der M.
Fr. Pr. aus Rußland 8. März folgende Einzelheiten mit-
getheilt:

Am Sonntag 3 Uhr Nachts wurden die zum Tode ver-
urtheilten neun Führer des Rußländischen Aufstandes in aller
Stille aus dem Gefängniß abgeholt und unter starker mili-
tärlicher Eskorte mittelst Fuhrers nach dem 5 Kilometer ent-
fernten, auf einem Hochplatzen neben der Fahrstraße nach
Rasgrad gelegenen Richtplatz geführt. Nachdem der Präsi-
dent des Kriegsgerichts, Capitän Andrejew, den Desquinen-
ten das Todesurtheil verlesen, nahmen die Verurtheilten unter
Umrarmungen und Küffen von einander Abschied. Einige
von ihnen trafen noch lebhafte Anordnungen, welche sie
mit Bleistift auf dem Rücken der Soldaten zu Papier brach-
ten. Die Verurtheilten wurden sodann vor die durch Sol-
daten früher in einer Linie nebeneinander ausgehobenen Grä-
ber aufgestellt und dann wurden ihnen nach der Spendung
des geistlichen Segens die Augen verbunden. Auf das Com-
mando: „Feuert!“ gaben die vor jedem Verurtheilten aufge-
stellten drei Soldaten je zwei Revolvergeschosse auf die Ver-
urtheilten ab. Den Richtplatz schloß eine Compagnie In-
fanterie ab. Civilpersonen wurden nicht zugelassen. Die
Gräber der Todten tragen keinerlei Bezeichnung. Den Hin-
terbliebenen ist es gestattet, ihre Angehörigen zu erhumern
und auf dem Friedhofe beerdigen zu lassen.

Bucharest, 12. März. Die „Agence Havas“ meldet aus
Rußland: Das Kriegsgericht verurtheilte den Marine-Capitän
Rissimoff und zwei Civilpersonen, welche der Theilnahme am
Aufstand beschuldigt sind, Ersten zu einjähriger Festungshaft
und Letztere zum Tode. 300 jüngere Soldaten wurden be-
gnadigt, 125 ältere zu ein- bis dreijähriger Gefängnis-
strafe verurtheilt. Wie es heißt, haben Letztere Gnaden-
gesuche eingereicht.

Rheinland - Westfalen.

Neuß, 11. März. In der verfloffenen Woche wur-
den durch die Polizeibehörde 42 Brodtagen abgestempelt, wo-
nach sich die Preise eines Schwarzbrodes im Gewichte von
6 Kilo, wie folgt stellen, bei:

1 Bäder resp. Verkäufer	0,88 M.
4 „ „ „	0,90 „
16 „ „ „	0,92 „
1 „ „ „	0,94 „
20 „ „ „	0,96 „

— Der bei der Vergleich-Märkischen Eisenbahn angestellte
Hilfsbremser B., wenn wir nicht irren ein Neuser, fuhr
in einer Nacht mit einem Güterzuge von N. nach R. In
R. mußte er, da er keine Gelegenheit zur Rückfahrt hatte,
übernachten, und er begab sich, da daselbst ein Uebernachtungs-
lokal für Hilfsbremsen nicht vorhanden war, in den Loco-
motivschuppen und setzte sich dort auf eine Bank. Hier stieg

ihm von einer hinausfahrenden Locomotive her plötzlich ein
Gegenstand ins Auge, der das Auge erheblich verletzete. B.
flagte gegen den preussischen Eisenbahnschuss auf Schaden-
ersatz aus § 1 des Reichs-Haftpflichtgesetzes, wo ihm
der Unfall beim Eisenbahnbetriebe zugestanden sei. Bicus
wurde in beiden Instanzen nach dem Klageantrage verurtheilt,
und die vom Beklagten eingelegte Revision wurde nach der
Nordb. Allg. Ztg. vom Reichsgericht, 11. Civilsenat,
durch Urtheil vom 4. Januar d. J. zurückgewiesen:
„Die Anwendung des § 1 des Reichs-Haftpflichtgesetzes auf
den in Frage stehenden Unfall entspricht der bisherigen Recht-
sprechung; denn die Verletzung eines Menschen durch von
einer zum Gebrauche im Beförderungsdienst geheizten Loco-
motive ausgeworfene Funken ist bei dem Betriebe der Eisen-
bahn erfolgt, welcher nach seinem Begriffe nicht auf die Be-
förderungsthätigkeit auf der Bahn beschränkt ist, sondern auch
die notwendigen Vorbereitungsarbeiten hierzu, wie das
Heizen und sonstige Bereitstellen einer Locomotive umfaßt.
Daß ein eigenes Verschulden des Klägers unter den festge-
stellten thatsächlichen Umständen nicht angenommen wurde,
läßt gleichfalls eine Rechtsverletzung nicht erkennen.“

Duisburg, 8. März. Acht Tage nach der Reistags-
wahl verhaftete die hiesige Polizei das socialdemokra-
tische Centralcomité für den Wahlkreis Duisburg-Mül-
heim an der Ruhr. Anderen Tages wurden die betreffenden
acht Personen vor den Untersuchungsrichter zum Verhöre ge-
führt und dann entlassen. Namentlich hat die Staatsanwalt-
schaft die Voruntersuchung gegen sie eröffnet. Sie werden
beschuldigt, durch Verbreitung des Flugblattes: „An die
Wähler des Wahlkreises Duisburg-Mülheim!“, endigend mit
den Worten: „Karl Marx aus Crefeld“, erdichtete oder ent-
stellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstell-
t sind, öffentlich behauptet und verbreitet zu haben, um dadurch
Staatsanstellungen verächtlich zu machen“, bezw. zum Theil
„die Mitangeklagten durch Ueberredung vorsätzlich zur
Begehung des erwachten Verbrechens bestimmt und denselben
durch Rath und That Hilfe geleistet zu haben. Ferner wer-
den sämmtliche Angeklagte: „1. an einer Verbindung, deren
Zweck, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung ge-
heim gehalten werden soll, 2. an einer Verbindung, zu deren
Zwecken oder Beschäftigungen es gehört, Maßregeln der Ver-
waltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch unge-
hörliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften“, theilgenommen
zu haben.“

Duisburg, 9. März. Man schreibt der Rhein. Westf.
Ztg.: Aus Eupen wurde dieser Tage gemeldet, daß dort aus
Belgien ein russischer, der Brandstiftung beschuldigter Anarchist
eingeliefert worden sei, welcher in Begleitung zweier Genossen
die Reise nach Ausland angetreten habe u. s. w. Aus besser
Quelle können wir hinzufügen, daß es kein anderer Mensch ist,
als unser in Duisburg wohlbekannter „Fürst Savine“, welcher
im vorigen Jahre den Hirt seiner ersten Reise auf so schlaue
Weise zu verwickeln wußte. Derselbe wird das Mittelmal der
„Krankheit“ ihm wohl wenig nützen. Uebrigens ist Savine kein
Anarchist oder Rassist; er hat gegen diese Bezeichnung selbst
entschieden Protest eingelegt und sich lieber Brandstifter titu-
liren lassen.

i Köln, 12. März. Die Stadtverordneten beschloffen
gestern Abend nach 3-stündiger Verhandlung für das Jahr
1887/88 eine Erhöhung der Communalsteuer. Die
Art ist noch nicht bestimmt.

— Heute wurde hier eine große Geflügel-Ausstellung
des Vereins „Domis“ eröffnet.

i Köln, 12. März. Heute Mittag fand nach vorherge-
gangenem Festgottesdienste für die beiden Confectionen die
feierliche Eröffnung der neuen Taubstummenanstalt in
Gegenwart zahlreicher hoher Ehrengäste statt. Es waren
u. a. anwesend: Landtagsmarschall Fürst Wied, der hochw.
Hr. Erzbischof, der Oberpräsident, Landesdirector Klein, Ober-
bürgermeister, Regierungspräsident u. s. w. Der Präsident
von Wittgenstein dankte für die ehrende Theilnahme und ge-
dachte der zahlreichen Wohltäter insbesondere des verstorbe-
nen Director Gronwald und Frau Barath Gierden, Eltern
und Joch, die ganz bedeutende Hilfsmittel der Anstalt ver-
machten (80 und 90.000 M.). Das Haus sei ein ehrendes
Zeugniß der werththätigen Liebe der Bürger Kölns für die
Taubstummen. Hr. Director Westweilen verbreitete sich über
den Taubstummenunterricht überhaupt. Nach der Uebergabe
an die Direction erfolgte eine kurze Prüfung der Schölsche,
Befestigung der ausgestellten sehr schönen Arbeiten und des
Hauses im Innern, das allgemeine Auerkennung fand. Die
Kosten der neuen Anstalt belaufen sich auf ca. 750.000 M.
An freiwilligen Gaben gingen allein seit dem Jahre 1881 ein:
158.138 M., gewiß ein schönes Zeichen der großen Aner-
kennung, welche das segensreiche Werk in der Bürgerchaft
gefunden hat.

Delde, 10. März. Ein hiesiger Jagdpächter hatte
einen Theil seines Reviers einem anderen Jäger Nimrod
in Austerpacht gegeben, entgegen einer Polizeiverordnung der
Königl. Regierung zu Münster, welche das Austerpachten und
das Ausstellen von Jagderlaubnissen gegen Entgelt
unter Strafe stellt. Die Sache kam vor das Schöffengericht.
Das Gericht sprach den Angeklagten indes frei, weil die Re-
gierung zum Erlaß der Polizeiverordnung nicht berechtigt
gewesen sei. Letztere habe lediglich nach dem preussischen
Jagdrecht nur die Befugniß, zum Schutz der öffentlichen
Sicherheit und im Interesse der Schonung der Feldfrüchte
besondere Polizeiverordnungen zu erlassen, während die vor-
liegende offenbar eine Verminderung der Zahl der Jäger
bezwecke.

Dombau-Lotterie.

Ziehung vom 11. März Vormittags.
6528 „Studentkopf“. Delgem. von J. Behnisch in München.
(150 M.)
39293 „Waldinterieur“. Delgem. von W. Brandenburg in Düssel-
dorf. (250 M.)
41996 „Gerbsthalm“. Delgem. von G. Deber in Düsseldorf. (550 M.)
48139 „Das Bodethor im Harz“. Delgem. von J. Naeyer in
Düsseldorf. (700 M.)

76480 „Rheininterieur“. Delgem. von J. Stegmann in Düssel-
dorf. (950 M.)
121785 „Aurora“. Kupferstich avant la lettre von J. Burger in
Düsseldorf. (Unter Glas und Rahmen.) (115 M.)
123167 „Alten und verlassen“. Delgem. von Pechmann in Mün-
chen. (350 M.)
180640 „Schweizerlandschaft“. Delgem. von J. Janßen in Düssel-
dorf. (120 M.)
135891 „Festung am Starnbergersee“. Delgem. von J. Norr in
München. (700 M.)
139415 „Aurora“. Kupferstich avant la lettre von J. Burger in
Düsseldorf. (Unter Glas und Rahmen.) (115 M.)
168939 „Wald-Entenspiegel“. Delgem. von Sophia Mayer in Düssel-
dorf. (700 M.)
187337 „Sonntagmorgen“. Delgem. von H. Mühlh in Düsseldorf.
(400 M.)
193248 „Aurora“. Kupferstich avant la lettre von J. Burger in
Düsseldorf. (Unter Glas und Rahmen.) 115 M.
203101 „Die Post im Walde“. Delgem. von P. Wichmann in Köln.
(800 M.)
212371 „Am Abend“. Delgem. von J. Speert in München. (300 M.)
221578 „Strandbild“. Delgem. von H. Heimes in Karlsruhe. (400 M.)
235763 „Nach der Schreckshauer“. Delgem. von G. Lange in
Düsseldorf. (300 M.)
241497 „Studentkopf“. Delgem. von N. Epp in München. (450 M.)
270995 „Bleistift a. d. Mose“. Delgem. von Frau E. Janßen in
Düsseldorf. (400 M.)
312892 „Enten im Schnee“. Delgem. von Frey Lange in Düssel-
dorf. (400 M.)
316742 „Stillleben“. Delgem. von Camilla Friedländer in Wien.
(300 M.)
334768 „Aurora“. Kupferstich avant la lettre von J. Burger in
Düsseldorf. (Unter Glas und Rahmen.) 115 M.
343544 „Gang zum Kranken“. Delgem. von A. Rüben in München.
(1000 M.)
343879 „Landschaft mit Kühen“. Delgem. von J. Grebe in Düssel-
dorf. (550 M.)
346303 „Gute Nachbarschaft“. Delgem. von E. Schulz-Briesen in
Düsseldorf. (400 M.)
348225 „Kastelfest“. Delgem. von E. Jewy in Wien. 1100 M.)

728	60	91350	60	180175	60	258110	60
1370	60	96670	60	185420	600	261778	60
1881	60	95488	60	188783	60	264485	600
3217	60	92622	300	181966	1500	260926	60
4194	60	96498	60	187895	600	265265	600
4496	60	94580	60	18158	60	262831	150
5125	60	97950	60	190795	60	268940	60
5958	60	93593	60	194235	150	267334	60
7500	300	90494	60	199322	60	262156	60
8538	60	91353	60	195100	150	265470	150
9754	60	103717	60	196630	60	270009	60
11662	150	104642	60	198238	300	273933	60
15590	300	108170	60	197073	60	274792	600
16537	60	111785	60	195090	300	270143	60
19064	150	11743	60	193896	60	275188	60
19917	300	12703	600	195486	150	274112	150
21096	60	112454	60	190013	60	277874	600
21032	60	112229	150	20115	60	278740	60
21541	60	11506	60	202247	60	277855	60
22271	60	117767	60	206933	60	277035	60
2385	60	117829	60	201633	150	281911	60
22890	60	117040	150	200201	60	283655	60
22224	60	116080	150	212660	60	288192	60
22770	60	116357	300	207282	150	28488	60
24705	60	119101	60	207657	60	23083	300
25238	60	122416	60	209934	60	287548	60
28349	60	123489	150	208629	60	280185	60
29011	60	121990	60	205734	150	28491	60
31043	60	128806	60	202315	60	286174	60
30240	60	121361	150	208445	60	286203	60
30654	60	12226	60	22302	60	282011	60
31566	60	122423	60	218784	60	283709	60
31620	300	124272	60	210184	150	24887	150
37306	60	124548	15000	217301	150	286479	60
34204	60	12581	60	218218	150	287596	1500
35526	60	136264	60	214752	60	289899	60
35911	150	13492	150	212095	60	292650	60
35772	300	13961	150	216726	60	293788	300
36149	300	130251	60	211777	60	291265	60
37441	60	133544	150	217137	150	29476	60
38395	60	132156	60	216913	60	298862	300
41027	60	132715	150	211373	150	294537	300
41770	60	134077	60	220004	60	295914	60
42891	300	147605	60	220781	150	296472	150
43503	3000	14443	60	22074	300	294962	60
45042	60	142427	60	230096	300	290338	60
47817	60	142266	60	235955	60	296513	300
5882	150	142024	60	236468	60	37287	300
56883	10	148117	60	239359	60	301476	60
59313	60	141676	60	227792	150	30152	60
59305	10	141657	60	227678	60	30897	60
59416	60	143402	60	224724	60	304662	60
59583	3000	140091	60	231870	300	304947	60
59477	60	150300	60	238921	60	318117	60
5655	60	15445	60	231640	150	317907	60
54996	300	157367	60	239158	60	318177	150
67569	60	159215	60	236801	300	315472	60
59180	60	158175	60	23763	150	311542	150
66775	600	158992	60	231819	150	311824	60
69312	60	156979	300	239036	150	310807	60
62497	60	158176	60	247753	60	315077	60
63936	60	151192	60	24791	60	32515	60
61610	60	154171	300	248949	60	310933	60
64630	60	166933	60	240160	3000	314892	60
67943	150	164381	60	244577	150	31370	150
68500	150	161963	60	249961	60	315737	60
66125	60	161913	300	24061	60	316582	60
65584	60	160677	60	248273	60	319431	60
68568	150	162570	300	243792	60	320333	150
78590	60	162079	60	255402	150	322343	60
70999	60	16570	60	257201	60	322213	60
73188	60	166609	600	257793	60	320390	300
78449	60	170233	60	259324	60	325996	60
7957	60	17387	60	254368	60	327544	60
71249	300	174591	150	259069	60	326149	60
78572	60	17173	60	252358	60	327943	60
71013	150	172893	60	255651	60	330601	60
7645	60	173834	60	257223	60	334132	60
81758	60	17290	60	250995	60	337365	60
82903	60	174171	60	251314	60	339825	300
8788	150	179361	60	258472	600	339043	60
81606	150	179853	60	25797	60	332260	60
82896	60	179090	60	256188	150	332606	60
5300		177590	150	254797	600		

Seit vier J
Erebrer (Trier)
lange schon
Kämpfen gegen
Ringen um Er
hatten sich Kon
sie waren in ihre
worden. Ihre
Metropole des
fast hundert Jah
bischen Kaiser zu
sichen Welt geleit
Unsere Erzähl
wahre Leben Mo
war, in welcher
Mosella (Mosel)
zu leisten vermoe
Pracht sich erhob
redner sagten, ein
geht mit Recht die
kein geeigneter K
der Gallien gegen
Neue Eroberung
machen, seine C
Besitzthum zu v
den Grenzen um
Es war im
beherrschte das V
gewährt in einer
dien verwüsteten,
wütheten, die P
*) Nachdruck de